

Neiddebatte zerrüttet Energiewirtschaft

Stadtwerke fordern finanziellen Ausgleich für Laufzeitverlängerung

· Kritik von Kartellamt und Monopolkommission

VON MICHAEL GASSMANN, DÜSSELDORF,
MONIKA DUNKEL UND
NIKOLAI FICHTNER, BERLIN

Der Wettbewerb auf dem Strommarkt droht durch die Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke schweren Schaden zu nehmen. Das haben Energieversorger und Wettbewerbspolitiker gestern beklagt. Die wirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Kerstin Andreae, forderte Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) auf, eine Entflechtung der vier großen Energiekonzerne zu ermöglichen. Sonst drohe ein „wettbewerbspolitischer Super-GAU“.

Die Diskussion um ein Entflechtungsinstrument im Kartellrecht bekommt durch die Debatte neuen Schwung. Ein Anfang des Jahres von Brüderle vorgelegter Gesetzesentwurf ist in der Ressortabstimmung stecken geblieben. Das Bundeskartellamt soll danach als Ultima Ratio marktbeherrschende Unternehmen zerschlagen dürfen, auch wenn kein konkreter Missbrauch eines marktbeherrschenden Unternehmens nachweisbar ist.

Experten kritisierten, dass die Verlängerung nicht mit Wettbewerbsauflagen an die Atombetreiber verknüpft wurden. „Wir sind enttäuscht, dass der Einfluss der Laufzeitverlängerung auf die wettbewerblichen Strukturen in der Stromerzeugung nicht berücksichtigt wurde. Vier Unternehmen verfügen über 80 Prozent der Kapazitäten“, sagte Kartellamtspräsident Andreas Mundt der FTD. Längere Laufzeiten zementierten

„die Marktmacht der großen Energieversorger“, urteilte der Chef der Monopolkommission, Justus Haucap. „Statt den Unternehmen Geld gegen Laufzeiten abzupressen, wäre es für den Wettbewerb besser gewesen, die Abgabe von Kraftwerkskapazitäten an Wettbewerber zu vereinbaren. Das ist versäumt worden.“

Mundt setzt jetzt auf die möglichst schnelle Schaffung einer neuen Stelle zur Überwachung des Stromgroßhandels beim Bundeskartellamt. Die Ergebnisse einer Branchenuntersuchung will die Behörde im Spätherbst vorlegen.

Die Stadtwerke erlitten durch den Beschluss einen Nachteil von 4,5 Mrd. Euro, sagte Matthias Dümpelmann, Geschäftsführer von 8KU, einer Gruppe von acht großen Stadtwerken, darunter Frankfurt, München und Köln. „Anlagen, in die wir investiert haben, werden vom Markt verdrängt und entwertet“, sagte Dümpelmann. „Der Wettbewerb bei Strom ist auf Jahre tot.“ Der Stadtwerkeverbund Trianel stellte die Realisierung eines geplanten Kohlekraftwerks in Krefeld infrage. „Klar ist: Die Laufzeitverlängerung verbessert die Wirtschaftlichkeit des Projekts in Krefeld nicht“, sagte Trianel-Chef Sven Becker ges-

tern. Er warf der Bundesregierung „klassische Klientelpolitik zugunsten der großen vier Stromkonzerne, des Oligopols“ vor. Der Branchenverband BDEW forderte einen finanziellen Ausgleich für Stadtwerke. Der Verband ist in einer schwierigen Lage – er vertritt sowohl Atombetreiber als auch Stadtwerke.

Selbst aus der Koalition kamen kritische Stimmen. „Ergebnis des Energiekonzepts kann nicht sein, dass die Konzentration am Strommarkt zunimmt“, sagte FDP-Energieexperte Horst Meierhofer der FTD. Die FDP werde das Thema bei ihrer Fraktionsklausur in dieser Woche beraten. „Wenn die Konzentration zunimmt, ist es eine Möglichkeit, dass die Energieversorger Kraftwerksanteile abgeben müssen.“ Die Konzerne spielten die Vorteile herunter. RWE-Vorstandsmitglied Rolf Martin Schmitz sprach sogar von vorerst geringeren operativen Gewinnen. RWE werde dies durch Sparmaßnahmen kompensieren. Erst langfristig werde der Saldo aus Belastung und Zusatznahmen der Reaktoren positiv.

„Der Wettbewerb bei Strom ist tot“

Matthias Dümpelmann,
Stadtwerkefunktionär